

Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung
Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Per Mail:

Landrätinnen und Landräte
Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister
Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge des
Landes Schleswig-Holstein

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: /
Meine Nachricht vom: /

Nora Göhrmann
nora.goehrmann@im.landsh.de
Telefon: 0431 988-3274

Nachrichtlich:

Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Landes-
verbände
Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwande-
rungsfragen

14. Juni 2022

Erlass zur Aufnahmepauschale für Kriegsvertriebene aus der Ukraine (AP Ukraine 2022)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie in der Verabredung mit den Kommunalen Landesverbänden vom 05.04.2022 festgehalten, hat das Land Schleswig-Holstein zugesagt, für jede registrierte Schutzsuchende und für jeden registrierten Schutzsuchenden aus der Ukraine die für Asylgehende geltende Aufnahmepauschale in Höhe von 500 Euro zu gewähren.

Anliegend übersende ich Ihnen den Erlass zur Aufnahmepauschale für Kriegsvertriebene aus der Ukraine. Gegenüber der AP Asyl wird der Personenkreis erfasst, der vorübergehenden Schutz nach § 24 Aufenthaltsgesetz erhält. Auch bei Personen, die direkt in einem Kreis oder einer kreisfreien Stadt Aufenthalt nehmen, ist die Zuweisungsentscheidung durch das Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge zahlungsauslösend.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden im Landeshaushalt bereitgestellt.

Der Erlass ist auf Personen beschränkt, die bis zum 31.12.2022 nationalen Schutz erhalten.

Mit freundlichen Grüßen


Norbert Scharbach

Anlage: AP Ukraine 2022

Aufnahmepauschale für Kriegsvertriebene aus der Ukraine (AP Ukraine 2022)

1. Grundsätze

- 1.1 Das Land Schleswig-Holstein gewährt den Kommunen für die unter 1.2 benannten, bis einschließlich 31.12.2022 zugewiesenen bzw. entsprechend gemeldeten Personen eine einmalige Aufnahmepauschale in Höhe von 500 Euro für tatsächlich entstandene Aufwendungen im Zusammenhang mit der Aufnahme, insbesondere dezentralen Unterbringung, Betreuung und Erstorientierung/-integration von Kriegsvertriebenen aus der Ukraine.
- 1.2 Die Aufnahmepauschale wird gewährt für
 - 1.2.1 die unter 1.2.1.1 bis 1.2.1.5 genannten Personen, die einen Aufenthaltstitel nach § 24 AufenthG erhalten oder beantragt haben und für die mindestens eine Fiktionsbescheinigung vorliegt, aus der dies hervorgeht. Diese Personengruppe umfasst
 - 1.2.1.1 ukrainische Staatsangehörige sowie Staatenlose und Staatsangehörige anderer Drittländer als der Ukraine mit einem internationalen oder gleichwertigen nationalen Schutzstatus in der Ukraine, die vor dem 24. Februar 2022 ihren Aufenthalt in der Ukraine hatten und ab diesem Datum – bzw. zu einem Zeitpunkt, der nicht lange vor dem 24. Februar 2022 lag (90 Tage) – geflüchtet sind (vgl. Ziffer 1. a) und b) und Erläuterungen des BMI Schreibens vom 14.04.2022 zur Umsetzung des Durchführungsbeschlusses des Rates der EU),
 - 1.2.1.2 deren Familienangehörige, die vor dem 24. Februar 2022 ihren Aufenthalt in der Ukraine hatten und ab diesem Datum – bzw. zu einem Zeitpunkt, der nicht lange vor dem 24. Februar 2022 lag (90 Tage) – geflüchtet sind und wenn die familiäre Gemeinschaft bereits in der Ukraine bestand, u.a. Ehegattinnen und Ehegatten, nicht-verheiratete Partnerinnen und Partner in dauerhafter Beziehung, minderjährige ledige Kinder und Stiefkinder sowie andere enge Verwandte in einem schon vorher bestehenden Abhängigkeitsverhältnis, das durch Unterhaltsgewährung oder durch Pflege und Betreuung zum Ausdruck kommt (vgl. Ziffer 1. c) und Erläuterungen des BMI Schreibens vom 14.04.2022 zur Umsetzung des Durchführungsbeschlusses des Rates der EU),
 - 1.2.1.3 nicht-ukrainische Drittstaatsangehörige, die sich vor dem 24. Februar 2022 mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel in der Ukraine aufgehalten haben und ab diesem Datum – bzw. zu einem Zeitpunkt, der nicht lange vor dem 24. Februar 2022 lag (90 Tage) – geflüchtet sind und die nicht „sicher und dauerhaft“ in ihr ursprüngliches Herkunftsland zurückkehren können (vgl. Ziffer 2. des BMI Schreibens vom 14.04.2022 zur Umsetzung des Durchführungsbeschlusses des Rates der EU),

- 1.2.1.4 nicht-ukrainische Drittstaatsangehörige, die sich vor dem 24. Februar 2022 mit einem befristeten Aufenthaltstitel rechtmäßig in der Ukraine aufhalten haben und ab diesem Datum – bzw. zu einem Zeitpunkt, der nicht lange vor dem 24. Februar lag (90 Tage) – geflüchtet sind und die nicht „sicher und dauerhaft“ in ihr ursprüngliches Herkunftsland zurückkehren können. Es muss sich um einen nicht nur vorübergehenden Aufenthalt gehandelt haben, der für mehr als 90 Tage vorgesehen war (vgl. Ziffer 4. des BMI Schreibens vom 14.04.2022 zur Umsetzung des Durchführungsbeschlusses des Rates der EU),
- 1.2.1.5 ukrainische Staatsangehörige, die vor dem 24. Februar bereits in Deutschland waren und hier einen anderen Aufenthaltstitel hatten (z. B. als Studierende in Deutschland, Fachkraft, Familienangehörige), wenn der ursprüngliche Aufenthaltstitel nicht verlängert werden kann z. B. durch Scheitern des Studiums oder aufgrund einer Trennung (vgl. Ziffer 3. des BMI Schreibens vom 14.04.2022 zur Umsetzung des Durchführungsbeschlusses des Rates der EU).
- 1.2.2 Kinder von Personen nach Nummer 1.2.1, unabhängig von deren aktuellen Aufenthaltsstatus, sofern diese Kinder bis einschließlich zum 31.12.2022 und innerhalb eines Jahres nach der Flucht geboren worden sind.
- 1.3 Die Aufnahmepauschale kann für Personal- und Sachkosten eingesetzt und teilweise auch verwendet werden, um ehrenamtliches Engagement zu fördern.
- 1.4 Die Aufnahmepauschale darf nur dann und insoweit verwendet werden, als eine Finanzierung der Aufwendungen nicht auf andere Weise, insbesondere auf Grund von Rechtsvorschriften, sichergestellt ist.

2. Schwerpunkte der Förderung

Mit der Aufnahmepauschale beteiligt sich das Land Schleswig-Holstein insbesondere an den Kosten

- 2.1 der (vorläufigen) Unterbringung und sonstigen adäquaten Versorgung insbesondere unter Berücksichtigung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention),
- 2.2 der Vermittlung von Informationen zur Aufnahme und zum Leben in der Kommune,
- 2.3 zur Förderung der unterbringungsnahen sozialen Unterstützung zur Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens in der vorläufigen und Folgeunterbringung unter Einbindung in das sozialräumliche und soziale Umfeld nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe und sonstiger Maßnahmen der Integration, bspw. den Einsatz von Sprach- und Kulturmittlung,

- 2.4 der Förderung des gegenseitigen Verständnisses und des Miteinanders zwischen den aufgenommenen Personen und der Aufnahmegesellschaft.

3. Verfahren

- 3.1 Die Auszahlung der Aufnahmepauschale erfolgt durch das Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge monatlich zeitnah nach der Zuweisung der in Nummer 1.2 bezeichneten Personen durch das Landesamt auf die Kreise und kreisfreien Städte. Dies gilt auch für Personen, die direkt in die Kreise/kreisfreien Städte einreisen. In den Fällen, bei denen für Personen nach 1.2.1 auf eine Zuweisung verzichtet wird, sowie für Personen nach 1.2.2 erfolgt die Auszahlung nach der Meldung des Kreises bzw. der kreisfreien Stadt an das Landesamt.
- 3.2 Die Kreise leiten die Aufnahmepauschale vollständig und unverzüglich an die Ämter und amtsfreien Gemeinden weiter, denen die Personen nach Nummer 1.2 zugewiesen bzw. die innerhalb der Kreise verteilt worden sind.
- 3.3 Die Ämter und amtsfreien Gemeinden können die Aufnahmepauschale ganz oder teilweise an Dritte weitergeben. Dabei können sie mit anderen Ämtern und amtsfreien Gemeinden zusammenarbeiten.
- 3.4 Die anteilige Weiterleitung der Förderung kann bei Umzug der unter Nummer 1.2 genannten Person und seiner Familienangehörigen innerhalb der ersten sechs Monate nach Eintreffen aufwandsbezogen und bilateral geregelt werden.
- 3.5 Das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung geht davon aus, dass die Mittel der Aufnahmepauschale im ersten Jahr nach der Aufnahme verwendet werden.
- 3.6 Bis zum 31.12. des Folgejahres teilen die Kreise und kreisfreien Städte dem Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge die Höhe der Aufnahmepauschale mit, die sie jeweils für die in dem Kalenderjahr 2022 verteilten Personen nach 1.2 erhalten haben, und bestätigen, dass die Mittel vollständig und bestimmungsgemäß verwendet worden sind. Die Kreise haben die kreisinterne Verteilung der Mittel auf die einzelnen Ämter und amtsfreien Gemeinden aufzuschlüsseln und zu bestätigen, dass die Ämter und amtsfreien Gemeinden ihnen die vollständige und bestimmungsgemäße Verwendung der Mittel der Aufnahmepauschale bestätigt haben. Die Bestätigung der Mittelverwendung erfolgt nach anliegendem Muster.
- 3.7 Soweit Mittel der Aufnahmepauschale nicht verausgabt worden sind, sind diese an das Land zurückzuzahlen.